

Wahlcheck des BUND M-V zur Landtagswahl M-V 2021		Fragen zum Thema Landwirtschaft						
Partei	Nit es ihr Anliegen, der zunehmenden Konzentration von landwirtschaftlicher Fläche in den Händen weniger Kapitalgesellschaften (z.B. durch so genannte Share-Deals) mit Hilfe eines Agrarstrukturgesetzes entgegen zu wirken?	Werden Sie die Vergabe bzw. Verpachtung von landeseigenen landwirtschaftlichen Flächen künftig so gestalten, dass der Verzicht auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel und der Betrieb durch Junglandwirtinnen und Junglandwirte wesentliche Vergabekriterien sind?	Werden Sie mit ihrer Partei eine Offensive für eine humusaufbauende, CO <sub>2</sub> -speichernde Landwirtschaft und darin eingebettet entsprechende Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) entwickeln?	Werden Sie sich für den nachhaltigen Schutz der landwirtschaftlichen Böden vor Wind- bzw. Wasser-Erosion einsetzen, indem Sie u.a. durch die Neu-Auflage des Landesförderprogramms „Lebendräume und Arten“ die Anlage von Feldhecken fördern?	Setzen Sie sich für einen nachhaltigen Gewässer- und Grundwasserschutz ein, indem Sie dafür sorgen, dass die 200.000 Hektar konventionelle Landwirtschaftsfläche in den insgesamt 360.000 Hektar Wasserschutzgebieten auf Ökolandbau umgestellt werden?	Setzen Sie sich mit Ihrer Partei dafür ein, dass der Ökolandbau in M-V auf hohem Niveau stabilisiert und bis spätestens 2025 von derzeit 14 Prozent auf 20 Prozent ausgedehnt wird?	Werden Sie den Absatz von regionalen und/oder ökologisch erzeugten Lebensmitteln in der Gemeinschaftsverpflegung (z.B. in Kitas und Schulen) durch eine verbindliche Verankerung von Qualitätsstandards für die Verpflegung in Fachgesetzen (z.B. Schulgesetz, KiGG) und durch eine finanzielle Stützung der Essenspreise erheblich ausdehnen?	
PIRATEN	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	
Bündnis 90/Die Grünen M-V	ja. Erläuterungen: Große Teile der landwirtschaftlichen Flächen in M-V und annähernd 50 Prozent der Betriebe sind in branchenfremder Hand. Tendenz steigend. Ortsansässige Agrarbetriebe werden häufig durch überregional tätige Investoren übernommen. Diese tragen dabei selten Verantwortung für die Dörfer und den Naturschutz. Boden wird ausschließlich zu Höchstpreisen vergeben. Junglandwirtinnen, die in die Landwirtschaft einsteigen wollen, sind unter diesen Bedingungen in der Regel chancenlos. Um dieser Entwicklung entgegen zu wirken, wollen wir die vom Bund gehaltenen land- und forstwirtschaftlichen Flächen an das Land bzw. eine gemeinnützige Stiftung übertragen und Landesflächen vorrangig an ökologisch wirtschaftende Betriebe und Junglandwirtinnen mit einer auf regionalen, nachhaltigen Kreisläufen beruhenden Betriebspreiss verpachten. Weiterhin wollen wir durch ein Agrarstrukturgesetz regionale landwirtschaftliche bzw. gemeinnützigenorientierte und gemeinnützig agierende Akteure (z.B. Stiftungen) stärken und weiteren Konzentrationsprozessen beim Bodenwerb entgegenwirken.	ja. Erläuterungen: Auch zu dieser Frage verweisen wir auf unser Wahlprogramm zur Landtagswahl. Dort äußern wir uns ganz klar, wie folgt: Wir wollen auf den landeseigenen Flächen eine Vorbildfunktion wahrnehmen und in Pachtverträgen die Nutzung von Pestiziden ausschließen. Die vom Bund gehaltenen land- und forstwirtschaftlichen Flächen sollen an das Land bzw. eine gemeinnützige Stiftung übertragen und Landesflächen vorrangig an ökologisch wirtschaftende Betriebe und Junglandwirtinnen mit einer auf regionalen, nachhaltigen Kreisläufen beruhenden Betriebspreiss verpachtet werden.	ja. Erläuterungen: Landnutzungssysteme dürfen aus unserer Sicht nicht mehr gefördert werden, wenn sie nicht zur CO <sub>2</sub> -Speicherung beitragen. Anders gesagt: Nur das sollte mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, was die natürlichen Speichersysteme für Kohlenstoff stärkt. Dazu gehört die Revitalisierung der Moore, dazu gehört eine Landwirtschaft, die den Humusanteil der Böden erhöht bzw. erhält und dazu gehört auch eine nachhaltige Waldwirtschaft. Das von der regierenden Landesregierung seit Jahren verhinderte Bodenschutzprogramm für das Land wäre mit bündnisgrüner Regierungsbeteiligung schon lange auf dem Weg. Dazu gehören selbstverständlich Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen, die ganz eindeutig dem Humusaufbau in den landwirtschaftlich genutzten Böden dienen.	ja. Erläuterungen: Eine Landwirtschaft ist nur dann zukunftsfähig, wenn sie die Böden vor Erosion schützt. Was so selbstverständlich erscheint, wird aber in unserem Bundesland leider nicht umgesetzt. Die Agrarflächen werden weiter stark melioriert, der Humusanteil der Böden schwindet in Folge der industriellen Bewirtschaftungsmethoden und Standorte, die durch Wind- und Wassererosion gefährdet sind, werden falsch bewirtschaftet, zum Beispiel mit Maisanbau auf erosionsgefährdeten Hanglagen. Bündnis 90/Die Grünen werden die bereits seit langem vom Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) Münchenberg für M-V erarbeiteten bodenkundlichen Grundlagen der Landwirtschaft in M-V heranziehen, um z.B. den Anbau bestimmter Kulturen auf erosionsgefährdeten Orten zu unterbinden. Winderosion wird in starkem Maße von Strukturelementen in der Kulturlandschaft bestimmt, d.h. je intensiver die Bepflanzung mit Alleen, Gehölzen und Hecken ist, desto stärker kann der Wind gebremst und Erosion verhindert werden. Deshalb werden wir die Anlage von Hecken und Gehölzen in der Agrarlandschaft attraktiv fördern.	ja. Erläuterungen: Wasserschutzgebiete sind, wie der Name schon sagt, jene Gebiete, mit denen unser Grundwasser für die Trinkwassergewinnung geschützt werden soll. Wir haben ein hohes Interesse daran, dass solche Flächen, so wie beispielsweise in Leipzig (Wassergut Canitz), von Biobetrieben bewirtschaftet und dadurch giftfrei gehalten werden.	ja. Erläuterungen: Die Ausdehnung der ökologischen Landwirtschaft ist für uns entscheidend, um die Landwirtschaft endlich klimagerecht zu gestalten. Deshalb setzen wir alles daran, dass die ökologische Landwirtschaft deutlich an Boden gewinnt. Unser Ziel ist es, den Ökolandbau in M-V bis 2030 auf mindestens 30 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche auszubauen.	ja. Erläuterungen: Wir werden das Wachstum des Ökolandbaus in M-V nur sehr deutlich erhöhen, wenn wir die Nachfrage nach den Produkten aus ökologischer Erzeugung stärken. Die Gemeinschaftsverpflegung der öffentlichen Hand ist dahingehend eine wichtige Nachfragerin. Bisher beträgt der Anteil an Bio-Lebensmitteln und/oder regionalen produzierten Lebensmitteln zum Beispiel in der Schulverpflegung in M-V nur ca. 5 Prozent. Unsere Ziele: Wir wollen das Schließen durch das Land finanziell stützen, wir wollen die Regionalvermarktung stärken, wir wollen die DGE-Qualitätsstandards in den entsprechenden Landesgesetzen hier in M-V verankern und wir wollen einen gewissen Mindestanteil an bio- und regionalen Produkten in den Ausschreibungen für die Kita- und Schulverpflegung verankern. Am Ende soll ein System stehen, bei dem mit der Gemeinschaftsverpflegung in öffentlichen Einrichtungen eine vollwertige, weitgehend ökologisch erzeugte Verpflegung angeboten wird.	
Bündnis C - Christen für Deutschland	ja	ja	ja	ja	ja	ja	nein. Erläuterungen: das sollte in Kitas und Schulen vor Ort entschieden werden	
SPD M-V	ja. Erläuterungen: Der Versuch wurde bereits in dieser Wahlperiode unternommen, das Vorhaben wurde aber vom DBV abgelehnt. Die Landesparitätische sind mit einer Share-Deal-Klausel zur Vermeidung von Spekulationen ländlicher Böden versehen.	nein. Erläuterungen: Junglandwirtinnen und Ökolandwirte werden bereits bei der Vergabe von Landesparitätischen bevorzugt. Pächter müssen zusätzliche Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Biodiversität, des Gewässer- und Bodenschutzes leisten.	ja. Erläuterungen: Das sind sehr spannende Inhalte und Wissen, die hier zu Tragen kommen. Allerdings sollte diese Strategie auch nicht überschätzt werden, da eine solche Landwirtschaft nicht überall bzw von jedem zu umgesetzt werden kann. Förderungs- und unterstützungswert ist sie auf jedenfall.	ja. Erläuterungen: Maßnahmen wurden bereits angeschoben und auch unter anderem über die Strategie "Mehr Respekt vor dem Insekt" umgesetzt. Unser Augenmerk werden wir insbesondere auf die Vernetzung von Biologen legen.	nein. Erläuterungen: Bereits jetzt gelten strenge Regelungen und Nutzungsbestimmungen je nach regionaler Besonderheit in der Trinkwasserschutzzone 2. Je nach Schutzzone werden die Vorschriften und Beschränkungen gestaffelt festgelegt. Den ökologischen Landbau fördern wir. Es ist Aufgabe der Wasserschutzgebiete regionale Vereinbarungen zu treffen und sinnvolle Maßnahmen festzulegen.	unentschieden. Erläuterungen: Wir setzen uns für eine kontinuierliche Steigerung des Ökolandbaus ein. Unser Ziel ist, mehr Wertschöpfung von der Fläche zu gewinnen.	unentschieden. Erläuterungen: Unser Ziel ist, dass die Verpflegung in unseren Kitas und Schulen nach den Standards der DGE erfolgt. Ja, wir wollen mehr regionale Lebensmittel in der Gemeinschaftsverpflegung. Auf Bundesebene streben wir eine kostenfreie Kita- und Schulverpflegung an.	
Freiparlamentarische Allianz, FPA	ja	nein. Erläuterungen: Auch hier bringt es nichts, den Landwirtinnen Vorschriften zu machen, die sie nicht selber umsetzen können, da die Expertise und die Mittel fehlen. Es ist aber grundsätzlich eine Problematik, dass so viele chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel verwendet werden. Demnach müssen verschiedene Formate aufgesetzt werden, um dieser Problematik entgegen zu wirken.	ja. Erläuterungen: Das sind sehr spannende Inhalte und Wissen, die hier zu Tragen kommen. Allerdings sollte diese Strategie auch nicht überschätzt werden, da eine solche Landwirtschaft nicht überall bzw von jedem zu umgesetzt werden kann. Förderungs- und unterstützungswert ist sie auf jedenfall.	ja	nein. Erläuterungen: Faktächlich ist unserem Wahlprogramm zu entnehmen, dass wir auch die Gentechnik unterstützen, um die Einsatz von Chemikalien zu reduzieren. Ebenfalls spielt hier auch das Potenzial von verschiedenen Technologien herein. Ökolandbau ist mehr als Landwirtschaft, es macht also keinen Sinn jemanden dazu zu zwingen. Aber auch die konventionelle Landwirtschaft muss Änderungen voran bringen, denn nur so sind Umwelt- und Klimaschutz möglich.	unentschieden. Erläuterungen: Das ist auf jedenfall ein schönes Ziel, was ich gerne innerhalb meiner Partei diskutieren werde. Aber auch hier setzen wir eher auf Qualität statt Quantität. Der Ökolandbau kann auf diverse Wege unterstützt werden und ist auch eine große Frage nach Bildung- und Wissensstand wie Wertschätzung der Lebensmittel.	ja	
Team Todenhöfer - Die Gerechtigkeitspartei	unentschieden. Erläuterungen: Schwierige Kontrolle, da zahlreiche Umgehungsmaßnahmen möglich sind. Notwendig ist es aber.	ja. Erläuterungen: Es sollte vorrangig um den Verzicht auf chem.-synth. Pflanzenschutzmittel gehen. Ob Junglandwirtin oder nicht ist nachrangig.	ja	ja	unentschieden. Erläuterungen: Wenn konventionell die Auflagen des Gewässerschutzes auch einzuhalten sind, dann kann keiner gezwungen werden, auf Öko umzustellen.	ja. Erläuterungen: unbedingt gefördert werden.	ja	
DIE LINKE M-V	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja. Erläuterungen: Wir setzen uns für ein gesundes und kostenfreies Mittagessen in Schulen ein. Gesunde Ernährung muss von Anfang an in den Kitas gelebt werden.	
CDU M-V	nein	nein	ja	ja	nein. Erläuterungen: Die Umstellung der Produktion liegt in der Verantwortung der Landwirtschaftsunternehmen. Wir werden uns für entsprechende Fördermaßnahmen einsetzen, die einen Anreiz zur Umstellung in WSG bieten.	unentschieden. Erläuterungen: Auch der Ökolandbau muss sich den Erfordernissen des Marktes von Angebot und Nachfrage stellen. Pauschale Festlegungen halten wir nicht für zielführend und umsetzbar.	nein	
FREIER HORIZONT	ja	ja	ja	ja	ja	ja. Erläuterungen: Aber es muß auch der Markt dafür existieren	ja	
AfD M-V	ja	unentschieden. Erläuterungen: Pflanzenschutzmittel: Nein; Junglandwirte: Ja	unentschieden	ja	nein	nein	unentschieden. Erläuterungen: Regionalität: Ja; Ökologisch erzeugt: Nein	
Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	
FDP	nein. Erläuterungen: Ein Agrarstrukturgesetz, das in die Vertragsfreiheit zwischen Bodeneigentümerinnen und -eigentümern sowie Landwirtinnen und Landwirten einregelt, lehnen wir ab, weil sich Bodeneigentümerinnen- und Eigentümern sowie Landwirtinnen und Landwirten, die ihre Flächen bewirtschaften, unabhängig von politischer Einflussnahme auf die Nutzung verständigen können müssen. Stattdessen müssen die geltenden Bestimmungen im Grundstücksverkehrsgesetz konsequent angewandt werden.	nein. Erläuterungen: Wir lehnen zusätzliche Kriterien bei der Vergabe von Landesflächen ab. Insbesondere eine einseitige Bevorzugung des ökologischen Landbaus lehnen wir ab, weil sich Bodeneigentümerinnen- und Eigentümern sowie Landwirtinnen und Landwirten, die ihre Flächen bewirtschaften, unabhängig von politischer Einflussnahme auf die Nutzung verständigen können müssen. Stattdessen müssen die geltenden Bestimmungen im Grundstücksverkehrsgesetz konsequent angewandt werden.	unentschieden. Erläuterungen: Den Aufbau von Humus und die Speicherung von CO <sub>2</sub> durch die Landwirtschaft wollen wir dadurch erreichen, indem wir die Landwirtschaft am Zertifikatshandel beteiligen. Dadurch entsteht ein marktwirtschaftlicher Anreiz für die Landwirtschaft, entsprechende Anbauverfahren zu wählen. Spezifische Regulationen für die Betriebe lehnen wir hingegen ab.	ja. Erläuterungen: Erosionsschutz ist ein wichtiges Anliegen, sowohl für den Umweltschutz als auch für die Landwirtschaft. Wir werden uns deshalb gemeinsam mit den Landwirtinnen und Landwirten für einen effektiven Erosionsschutz einsetzen. Dabei setzen wir auch auf Verfahren der minimalen Bodenbearbeitung und der Direktsaat.	nein. Erläuterungen: Eine stärkere Reglementierung in den Wasserschutzgebieten lehnen wir ab. Wir regen stattdessen einen Austausch zwischen den Betroffenen an mit dem Ziel, dass Flächen in Wasserschutzgebieten mit Landesflächen außerhalb der Wasserschutzgebiete getauscht werden können. Eine stärkere Nutzung der Flächen in den Wasserschutzgebieten im Rahmen von Fotovoltaikanlagen ist ebenfalls zu begrüßen.	nein. Erläuterungen: Der Ausbau des Ökolandbaus muss durch eine erhöhte Nachfrage erfolgen und darf nicht politisch verordnet werden. Ansonsten trifft das Angebot auf einen zu kleinen Markt und verhindert, dass die Landwirte angemessene Preise für ihre Produkte zu erzielen können.	unentschieden. Erläuterungen: Die Ausgestaltung der Verpflegung in Kitas und Schulen ist Sache des jeweiligen Trägers. Eine hohe Qualität des Angebots ist prinzipiell im Interesse aller Beteiligten, ohne dass der Staat hierfür verbindliche Vorgaben machen muss.	